

Good bye Schumpeter! ... Good bye Keynes? – Neue (alte) Wege zur Bewältigung des Stabilisierungsdilemmas

Ernst Mönnich

Das Umsteuern der wirtschaftspolitischen Akteure in der derzeitigen Krise erfordert ein in sich konsistentes und umsetzbares Leitbild. In der Kakophonie von Ratschlägen wird eine kritische Aufarbeitung der Erfahrungen von 25 Jahren einer an Marktidealen orientierten Wirtschaftspolitik vermisst. Dazu sollen zunächst Thesen zur Bewertung der einseitigen Schumpeter-Renaissance vorgestellt werden. Hieraus ergibt sich die Frage, ob eine undifferenzierte Rückkehr zum Leitbild der keynesianischen Fiskalpolitik empfohlen werden kann. Wenn es richtig ist, dass unsere wirtschaftliche Krise nicht nur kurzfristig zyklischer Natur ist, sondern auch langfristig strukturelle Dimensionen hat, so erfordert angemessenes Handeln die Berücksichtigung beider Ebenen.

1

Zum aktuellen Krisentheater und den Gruppen von Hauptdarstellern

Die Wachstumsraten brechen ein, Steuereinnahmen schrumpfen, die Arbeitslosigkeit steigt in Europa – insbesondere in Deutschland –, die öffentlichen Haushalte und die Haushalte der Sozialversicherungen werden zusätzlich belastet. Dieses aus vielen zyklischen Ausschlägen nach unten im Entwicklungsmuster seit dem 2. Weltkrieg bekannte Bild ruft dennoch stets die gleichen Reaktionen hervor. Die Medien verbreiten Weltuntergangsstimmung und beschwören die Notwendigkeit akuter politischer Generalreformen. Die Politiker halten oder verbreiten Ruckreden und Reformagenden, erklären die jeweilige Gegenseite für konzeptionslos, handlungsschwach oder aus anderem Grunde für nicht wählbar oder abwahlbedürftig. Da die Krise kurzfristig nicht beeinflussbar scheint, hoffen die jeweils Regierenden auf den Konjunkturaufschwung in den USA, sinkende Ölpreise, die massenpsychologische Wirkung kleiner Eingriffe und das kurze Gedächtnis der Wähler bis zum nächsten Wahltermin. Die Experten vom Sachverständigenrat über die Wirtschaftsforschungsinstitute bis hin zu den medienpräsenten Starökonomien unserer Universitäten vertrauen auf ihr in langen Jahren verfestigtes theoretisches Leitbild zur Erklärung zyklischer und struktureller Krisen unserer Wirtschaft. Sie greifen in ihre Schubladen mit Memoranden voller poli-

tisch nicht umsetzbarer Handlungsempfehlungen und aktualisieren diese, um am neuen Medieninteresse wieder teilhaben zu können. Dieses gelingt mittels Technikeinsatz immer rascher, weil vom Vorjahresgutachten nur wenige Textbausteine und die Zusammenfassung verändert werden müssen. Experten mit unterschiedlichem theoretischen Leitbild produzieren natürlich auch stark gegensätzliche Handlungskataloge und steigern somit die allgemeine Verwirrung. Die wirtschaftspolitisch Zuständigen befinden sich in der Situation eines Wetterministers. Für Hochs ist man gerne verantwortlich. Tiefs sind die Folge unerwarteter weltatmosphärischerer Störzonen. Solange die Wissenschaft keine mit verfügbaren Mitteln umsetzbaren Handlungsempfehlungen bietet, hilft nur symbolisches Handeln oder der Sonnenzauber für das nächste Hoch. Auch Placebos oder die Homöopathie haben ja eine therapeutische Wirkung.

2

Good bye Schumpeter!

Um bei diesen Krisenreaktionsmustern Lernfortschritte zu erzielen, bietet es sich an, Erfahrungswissen hinsichtlich der Wirksamkeit der in der Vergangenheit genutzten wirtschaftspolitischen Konzeptionen aufzuarbeiten. Hierzu sollen im Folgenden einige Thesen formuliert werden. Dabei ist es sinnvoll mit den Positionen zu beginnen, die den mainstream der klassischen Ökonomen in den letzten 25 Jahren prägten und die während dieser Zeit auch

den größten Einfluss auf die praktizierte Wirtschaftspolitik hatten. Als Etiketten der öffentlichen Diskussion dienten die *Angebotspolitik* oder der *Monetarismus*. Ich ziehe als Label die von Giersch vor mehr als 20 Jahren ausgerufene *Schumpeter-Renaissance* vor (Giersch 1979, S. 629 ff.). Denn der Kern des Glaubens an die Entfesselung der Marktkräfte, der die letzten 25 Jahre als wirtschaftspolitisches Heilmittel prägte, zielte auf Innovationen. Mit technologischen Innovationen wollte Amerika den Wirtschaftskrieg mit Fernost gewinnen. Erst die Überwindung der Eurosklerose würde Innovationen auch im alten Europa ermöglichen und damit die nächste lange Welle befriedigender Wachstumsraten, einen neuen „Kondratjew-Zyklus“, mit wachsendem Wohlstand einleiten. Diese *Schumpeter-Renaissance* ist heute gescheitert und wir können sie daher verabschieden. Hierzu meine ersten sieben Thesen:

(1) Kernelement der *Schumpeter-Renaissance* der letzten 25 Jahre war der Glaube an die Wachstumswirkung des entfesselten Marktes. Dynamische Unternehmer vertreiben die unternehmerischen Schlafmützen auf einzelnen Märkten, im Wettbewerb der Regionen und Nationen. Deregulierte Rahmenbedingungen befreien diese unternehmerischen Gullivers von lästigen ge-

Ernst Mönnich, Prof. Dr., lehrt Volkswirtschaftslehre/Finanzwissenschaft an der Hochschule Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Regionale Strukturpolitik, Bildungsökonomie. e-mail: Ernst.Moennich@t-online.de

setzlichen Stricken. Dem Staat bleibt die Aufgabe der Förderung von Forschung und Entwicklung im Handelskrieg, allerdings ohne direkte Eingriffe, da nur Unternehmer Zukunftstechnologien erkennen und richtig einschätzen. Erforderlich ist aus dieser Sicht die marktorientierte Indienstnahme vieler gesellschaftlicher Institutionen vom Kindergarten bis zu den Universitäten. Die Beschleunigung des Technologietransfers und ggf. eine aktive Industriepolitik nach dem Muster der Symbiose von Laptop und Lederhose suggerieren die Beherrschbarkeit von Innovation und technischem Fortschritt. Wir sind nicht mehr Sklaven von Zufall und Risiko, sondern leben scheinbar in der Phase des betrieblichen und gesellschaftlichen Innovationsmanagements.

(2) Ein Blick auf die realen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts seit 1950 zeigt bei zyklischen Schwankungen einen rückläufigen Welttrend bis zur Jahrtausendwende: Es gab keinen mikroelektronischen *Kondratjew*, den viele ökonometrische Kaffeesatzleser seit den 80er Jahren herbeibeten wollten. Nach hohen Wachstumsraten aufgrund des Wiederaufbaubedarfs setzte eine Normalisierung ein. Die weltwirtschaftlichen Verwerfungen seit Mitte der 70er Jahre brachten Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern mit sich. Der Konjunkturzyklus ist nicht tot, aber die Wachstumsraten sind im Trend rückläufig und allenfalls pro Kopf und in absoluten Veränderungen noch den goldenen Zeiten des Wirtschaftswunders äquivalent. Nur Schwellenländer mit erhöhtem Nachholbedarf weisen noch exponentielles Wachstum aus. Bei unverändert gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten, die sich in einer wachsenden Arbeitsproduktivität niederschlagen, hält die wirtschaftliche Krise an. Ob es einen biotechnologischen *Kondratjew* zu Beginn dieses Jahrtausends geben wird, ist in dieser Situation höchst ungewiss. Dolly ist tot, die bio-tech Startups versprechen verkaufbare Produkte nur wieder fürs nächste Jahr.

(3) Es erweist sich in dieser Situation als richtig, was *Helmut Seiffert* 1979 (S. 680 f.) in einem Aufsatz über die Sprache der Wissenschaftler als Imponiergehabe deutlich machte: Der Begriff Innovation ist ein Musterbeispiel für einen solchen allumfassenden, aber letztlich nichts erklärenden Modebegriff. Innovation steht somit heute

für das Imponiergehabe von Wissenschaftlern und Politikern. Die wissenschaftliche Literatur seit den 70ern ist gefüllt mit einer Vielzahl von Definitionsversuchen, Abgrenzungen zu Innovationsarten, -eigenschaften, -strategien und -messkonzepten. In der Summe lässt sich feststellen, dass keine Eingrenzung auf ein sinnvolles Konzept einer Innovationstheorie gelungen ist. Innovation wird heute vielmehr in weiten Bereichen von Wissenschaft und Gesellschaft als Synonym für dynamisches Wirtschaften verstanden. Dieses ist natürlich in dieser Breite richtig und stets verifizierbar. Wenn Innovation aber das ist, was als Ergebnis wirtschaftlicher Änderungen in Anpassung an eine neue Situation Erfolg hat, so bleibt nichts als eine Tautologie.

(4) Löst man sich von dieser modischen Überdehnung des Innovationsbegriffs, so kann man sich daran orientieren, was bei *Schumpeters* Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung wirklich neu war. Dieses betraf nicht die technische oder organisatorische Rationalisierung oder die Erschließung neuer Märkte oder Rohstoffzugänge. All diese Aspekte fanden sich bereits bei den Klassikern der Ökonomie oder in den zeitgenössischen Theorien zum Imperialismus. Wirklich neu bei *Schumpeter* ist vielmehr die Herstellung eines neuen, dem Konsumentenkreise noch nicht vertrauten Gutes durch dynamische Unternehmer (*Schumpeter* 1934, S. 100). Diese Produktinnovationen sind *Schumpeters* messianischer Schlüssel für die Bewältigung der Krise durch Umwidmung oder Nutzung brachliegender Ressourcen. Wir jedoch machen derzeit die gegenteilige Erfahrung: Im vorausgehenden Boom wurde das Kapital für Produktinnovationen verzockt. In der Krise bleibt auch das stupid capital zugeknöpft und die Arbeitslosen warten. Eine *Rockefeller* Reinkarnation kann den Arbeitslosen ja UMTS-Handys verschenken. Die haben viel Zeit, sich für das Versenden von Kinderfotos an die liebe Ehefrau zu verschulden. Sie, wie die anderen normalen Konsumenten, sind jedoch von Kaufzurückhaltung und Krisenfurcht geprägt. Kann dann die Krisenüberwindung nur dadurch gelingen, dass wir den Reichen unserer Gesellschaft, ggf. durch Steuersenkungen, Mut zum Auflösen ihrer Depots machen, damit sie uns durch den Kauf neuer Maybachs, Phaetons oder anderer Luxusgüter aus der Krise helfen und neue Trends für den Massenverbrauch setzen?

(5) Es gibt einen zentralen Denkfehler der Idee, mit Hilfe von Produktinnovationen angebotsseitig neue Märkte zur Erfüllung neuer Bedürfnisse und vor allem Bedarfe zu schaffen und damit die Überproduktionskrise zu überwinden. Dieses ist der Traum vom neuen Menschen, der durch die Produktion neuer Güter bisher ungeahnte Wünsche entwickelt und nun natürlich befriedigen will. Betrachten wir demgegenüber jedoch die Wirkung neuerer Produkte der jüngeren Vergangenheit, wie die Geräte für das mobile Telefonieren. Diese brachten zweifellos eine Erweiterung bisheriger Märkte mit sich. Sie dienen jedoch ganz überwiegend der technologisierten Abdeckung und Kommerzialisierung vorher freier Güter. Der Mensch hatte immer schon das Bedürfnis, mit der Familie, den Freunden und Nachbarn zu reden. Heute haben wir weniger Familie, hoffentlich noch Freunde und kennen unsere Nachbarn kaum. Dafür können wir die verbliebenen sozialen Kontakte nun räumlich mobil von jedem Ort der Welt aus pflegen und auch unsere banalen Gespräche werden kostenpflichtiger Teil der Wertschöpfungssteigerung. Dieses zeigt, der Mensch bleibt wie ihn die Evolution geprägt hat. Wenn Hunger und Durst, das Bedürfnis nach Wärme, Unterhaltung und Mobilität gestillt sind, so bleiben der Güterproduktion nur Möglichkeiten, durch Qualitätsverbesserung oder Mode der Sättigungsfälle zu entgehen. Bedarfssteigernde Qualitätssprünge ergeben sich aber weder vom sechsten Seitenairbag noch von der Verdrängung von Video durch DVD. Bei Sättigung auf den Gütermärkten und Krisenerscheinungen in den bisherigen Wachstumsmärkten des Dienstleistungsbereichs, wie dem Tourismus, sind Wachstumshoffnungen durch Innovation begrenzt. Man muss erkennen, dass wichtige, auch gegenwärtig unbefriedigte soziale Bedürfnisse der Menschen in Industriegesellschaften nicht oder nur degeneriert durch kommerzielle Güter- und Leistungsproduktion abdeckbar sind. Kranken älteren Menschen z.B. hilft man weniger durch zusätzliche Rezepte für Arzneien in der üblichen fünf-Minuten Medizin und auch nicht durch Pflege in einem rationalisierten Akkordsystem. Sowohl beim Wunsch nach Gemeinschaft als auch beim Wunsch nach sozialem Status bietet der Markt nur zweite Wahl. Hier liegt Marktversagen vor. Bei anderen ebenfalls ungesättigten Bedürfnissen wie dem Wunsch nach ewiger Jugend

oder ewigem Leben ist dagegen zu hoffen, dass es uns gelingt, den zweifelhaften Produktinnovationen der Lifestyle-Industrie zu entgehen bzw. diese rechtzeitig im Interesse der Menschen zu regulieren. Im Versagensfalle steht uns *Aldous Huxleys* „Schöne neue Welt“ ins Haus.

(6) Was wir derzeit ebenfalls beobachten, ist eine schöpferische Zerstörung auf einer in der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung nicht von *Schumpeter* erwarteten gesellschaftlichen Ebene. Im Drang nach profitabler Kapitalverwertung gibt es ein Vordringen der Privatwirtschaft in den Bereich der öffentlichen Güter mit Marktversagen. Dieses mag in Ordnung sein, wenn technologische Veränderungen Wettbewerb erlauben, wo früher natürliche Monopole herrschten, wie im Bereich der Telekommunikation. Es ist auch vertretbar, wenn Wettbewerb eine Rationalisierung öffentlicher oder privater Bürokratien erzwingt. Die Privatisierung ist allerdings fatal, wenn es, wie im Bereich der Leitungswasserversorgung oder bei der Entsorgung, um die Ausbeutung von Monopolmärkten, oft sogar im Rahmen staatlicher Zwangsregelungen geht. Effizienzgewinne gehen hier nicht mit Vorteilen für die Kunden oder die Allgemeinheit einher. Vollends absurd wird die liberal-anarchistische Utopie, wenn die private Kapitalverwertung auch in den Bereich der reinen Kollektivgüter vorzudringen sucht, um den staatlichen Leviathan endgültig zu erledigen. Ich warte schon auf den Vorschlag, alle Bürger mit einer elektronischen Fessel auszustatten, damit nicht nur Gefangene kostengünstig kontrolliert werden können, sondern auch jeder Benutzer einer öffentlichen Grünanlage unmittelbar zahlungspflichtig gemacht werden kann. Konnte man für die Vergangenheit des Kapitalismus feststellen, dass Markt und Staat als siamesische Zwillinge zugunsten von Wohlfahrt aber auch zu Lasten der Selbstversorgung wuchsen, so versucht nun der eine Zwilling in seinem Wachstumsdrang den anderen umzubringen. Dieses Null-Summen-Spiel bringt den Menschen wenig, es hat allerdings den unerwünschten Nebeneffekt der Zerstörung von mühsam akkumuliertem Sozialkapital. Der Analogieschluss aus der biologischen Forschung, dass Kooperation gemischt mit Wettbewerb eine der reinen individuellen Konkurrenz überlegene Entwicklungsstrategie darstellt, sollte uns deutlich machen, dass die nur an Kon-

kurrenz orientierte Marktexpansion neben der schöpferisch-konstruktiven Zerstörung auch eine destruktive Dimension beinhaltet, wenn sich der Markt gegen die seine Entfaltung schützenden institutionell-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wendet. Im Spätwerk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ hatte auch *Schumpeter* diese selbstzerstörerische Kraft des kapitalistischen Prozesses analysiert (*Schumpeter* 1950, S. 213 ff.).

(7) Die aktuelle Krise unserer Sozialsysteme ist nur in seiner Zuspitzung ein Ergebnis der derzeitigen zyklischen Störung. Die strukturellen Probleme dieser Systeme sind allerdings die Folge längerfristiger sozialer und demographischer Veränderungen. Häufig werden diese als Konstruktionsfehler der *bismarckschen* Sozialreformen angesehen. Wer eine staatlich garantierte Altersrente nach dem Generationenvertrag erhält, braucht sich nicht um eigene Vermögensakkumulation und Kindererziehung zu kümmern. Diese Position übersieht, dass der demographische Wandel alle Industriestaaten in mehr oder weniger gleichem Ausmaß prägt. Die plausible Erklärung liegt daher in der Zerstörung sozialer Strukturen auf der Ebene der Familie als immanentem Ergebnis des kapitalistischen Entwicklungsprozesses. Mit der industriellen Revolution und massenhaften Wanderungsprozessen zwischen Land und Stadt sowie auch international bewirkte unser Wirtschaftssystem die Auflösung der präindustriellen Großfamilien. Mit der fortschreitenden Globalisierung und Flexibilisierung wirtschaftlicher Strukturen erleben wir auch die Auflösung bürgerlicher Strukturen von Kern- und Restfamilien. Es stellt sich dann die Frage nach der Akkumulation mit kurzem, vorwiegend individuellem Zeithorizont. Auch diese Prophezeiung *Schumpeters* in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ (*Schumpeter* 1950, S. 253 ff.) lässt sich heute bestätigen. Die ökonomische *Schumpeter*-Renaissance, die in angebotspolitischem Aktionismus kulminierte, erweist sich somit als reine Patchwork-Adaption, die eine Frischzellenkur für unternehmerische Dynamik zu etablieren trachtet. Die Erosion der institutionellen und sozialen Basis des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, die von diesem selbst ausgelöst wurde, bleibt jedoch unbeachtet.

3

Good bye Keynes?

Das Scheitern der *Schumpeter*-Renaissance zur Bewältigung der Stabilisierungskrise der Triade-Regionen wird erkennbar am politischen Paradigmenwechsel: Japan hatte die antizyklische Fiskalpolitik ohnehin nie verabschiedet und scheute sich vor der Bereinigung seiner strukturellen Probleme im Bankensektor. Die USA unter *Bush* setzten unverhohlen auf neuen Interventionismus, billiges Geld und staatliche Defizite. Im Gegensatz zum New Deal profitieren von den Steuersenkungen allerdings eher die Reichen, und der Konjunkturaufschwung soll wohl wieder durch Luxuskonsum und Entsparen bewirkt werden. Die Europäische Zentralbank verabschiedet sich von der Geldmengenpolitik und sieht plötzlich staatliche Defizite im Stabilitätspakt liberaler. Deutschland in der Angst vor Deflation wird für dieses Haushaltsjahr eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausrufen. Die Hoffnungen der New Economy sind verschwunden. Gerade jetzt lahmen aber Branchen wie die Autoindustrie, die Elektro- und Informationstechnik oder der Bankensektor. Zudem droht der ins Trudeln geratene Dollar allen auf den außer-europäischen Export orientierten Branchen die Suppe zu versalzen. Diese trostlosen Perspektiven drängen zu binnenwirtschaftlicher, besser noch europäischer Stabilisierung nach bewährten keynesianischen Rezepten. Wenn die nächsten Wahlen näher rücken, muss Wachstum in der Old Economy die Lage richten. Dieses ist eine politische Überlegung, bei der die Regierenden ihre Leitbilder nach der Überlebenswahrscheinlichkeit im Amt tauschen werden. Daneben stellt sich jedoch die Frage, wie die richtigen Stabilisierungsrezepte denn aus wissenschaftlich-theoretischer Sicht und vor dem Hintergrund der empirischen Erfahrungen zu bewerten sind. Oder konkreter: Ist es sinnvoll, nun das Leitbild und Instrumentarium der antizyklischen Fiskalpolitik zu rehabilitieren, um die akute Stabilisierungskrise unseres Wirtschaftssystems zu bewältigen? Hierzu sei in den folgenden fünf Thesen eine Antwort versucht.

(1) Zunächst müssen wir feststellen, dass das keynesianische Leitbild als Handlungs-

maxime der deutschen Fiskalpolitik nie außer Kraft gesetzt wurde. Unser Grundgesetz schreibt für Bund und Länder in Art. 109 (2) eine Pflicht fest, bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen. Die hieraus sich ergebenden Ziele und instrumentellen Möglichkeiten der Regierung erhielten mit dem Stabilitätsgesetz eine unverändert gültige Ausprägung. Strittig war in den letzten beiden Jahrzehnten allein, wie ernst man denn diesen gesetzlichen Auftrag nehmen müsse. Wegen der echten oder vermeintlichen Defizite der antizyklischen Fiskal- und Geldpolitik war die Anwendung des Instrumentariums bei Regierung, Zentralbank und Experten in Deutschland seit Ende der 70er Jahre verpönt. Dieses hat allerdings nicht verhindert, auch nicht während der 90er Jahre, als mit abweichendem wirtschaftspolitischen Leitbild das größte Wachstum der Staatsverschuldung in der Nachkriegszeit ins Werk gesetzt wurde, in der keynesianisch inspirierten Verfassung bei Art. 115 GG eine Notlegitimation für unsolide Haushaltspolitik zu finden. Sollen wir aus diesem Handeln in selbstverschuldeter Not nun wieder eine Tugend machen?

(2) Die Gründe, warum die euphorische Nachfragesteuerung ab Anfang der 80er Jahre zusammenbrach und heute keine undifferenzierte Wiederbelebung möglich ist, lassen sich rasch zusammenfassen:

– Mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems stabiler internationaler Währungsbeziehungen, dem Vietnamkrieg und Dollarverfall war die Stabilisierung der internationalen Handelsbeziehungen beendet. Der Export von Arbeitslosigkeit durch Währungsdumping wurde wieder möglich. Die Expansion vagabundierender Finanzkapitals macht eine Rückkehr zu diesem System unmöglich. Der neuerliche Dollarverfall nach dem Irakkrieg zeigt allerdings, dass die binnenwirtschaftliche Stabilisierung Deutschlands durch Exportüberschüsse im Handel mit den USA eher Wohlfahrtsverluste bewirkt.

– Mit einer wieder zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung wurden die Grenzen einer nationalstaatlichen Feinsteuerung der Konjunktur immer offensichtlicher. Je kleiner der Wirtschaftsraum, umso unattraktiver ist die Rolle der Konjunkturlokomotive mit dem Preis staatlicher Defizite und umso vorteilhafter die

Rolle des Trittbrettfahrers einer anziehenden Weltkonjunktur.

– Die antizyklische Fiskalpolitik unterstellt politisch naiv den am Gemeinwohl orientierten weisen Staatslenker. Die Realität der Fiskalpolitik wurde jedoch durch einseitige politische Manipulationsinteressen nach Wahlterminen geprägt. Das Wirtschaftswachstum konnte daher für eine restriktive Politik und einen Abbau der Staatsverschuldung gerade in einem Land mit vielen Wahlterminen nie hoch genug sein.

– Fiskalpolitik ist nach dem alten Motto „in the long run we all are dead“ eine zunächst an akuter Krisenbekämpfung ausgerichtete Politik der Systemstabilisierung. Diese Krisenintervention stößt jedoch angesichts anhaltender Strukturkrisen, wie sie z.B. durch die Ölpreisschocks ausgelöst wurden, an die Grenzen staatlicher Steuerungspotenziale und der Verschuldungsbelastung. Eine extreme Haushaltsnotlage, die wegen der Zinsbelastung eine aktive Anwendung des Art. 115 GG in der Konjunkturkrise höchst problematisch macht, hat nach einzelnen Bundesländern längst auch den Bund selbst erreicht.

(3) Die Schlussfolgerungen für eine differenzierte Wiederbelebung keynesianischer Politikleitbilder sind daher eindeutig. Staatliche Konjunkturbelebung ist ein meritorisches Gut mit externen Effekten in einer globalisierten Wirtschaft. Diese Politik ist daher nur für große Wirtschaftsräume sinnvoll anwendbar. Der Versuch, mit einem Investitionssonderprogramm im kleinen Bremen die Wachstumsrate zu stimulieren, war unsinnig. Das Saarland ist mit seiner Entschuldungsstrategie offensichtlich besser gefahren. Die alte antizyklische Fiskalpolitik der BRD war bewusst mit dem Stabilitätsgesetz als national konzentrierte Aktion angelegt. Hierfür ist heute allerdings auch Deutschland zu klein und zu stark international verflochten. Wer Systemstabilisierung nach keynesianischen Rezepten machen will, muss den Konflikt zwischen unserem Grundgesetz und dem europäischen Stabilitätspakt durch ein europäisches Stabilitätsgesetz lösen. Dabei kann man aus alten Fehlern lernen und die Anwendung auf automatische Konjunkturstabilisatoren wie die Arbeitslosenversicherung konzentrieren, um die einseitige Anwendung fiskalpolitischer Interventionen zu unterbinden.

(4) Die eingeschränkte Anwendbarkeit der keynesianischen Krisenstabilisierung be-

trifft ihre kurzfristige Orientierung und die Eignung für große Wirtschaftsräume. Der Hauptfehler dieser Interventionsstrategie ist jedoch der gleiche, wie ihn auch die Angebotspolitik beinhaltet: Private Investitionen sind die zentrale strategische Variable, auf die der Instrumenteneinsatz zielt (Meißner/Zinn 1984, S. 43). Diese Position ist vertretbar in einer Welt annähernder Konkurrenz und unternehmerischer Haftung. Die Angebotspolitik unterstellt, dass rationales unternehmerisches Handeln im weltweiten Wettbewerb existiert oder rekonstruierbar sei. Die keynesianische Sichtweise ist demgegenüber weitaus realistischer, da auch unsichere Erwartungen und die Problematik der Liquiditätsfalle eingeräumt werden. Auch hier dienen staatliche Interventionen letztlich dazu, den Lückenbüßer für einen in sich nicht stabilen privaten Sektor zu spielen, um die Vorteile der Marktkoordination zu erhalten. Beide Leitbilder sind jedoch dysfunktional in einer Welt der transnationalen Konzerne mit Manageroligarchien, des Casinokapitalismus und Entscheidungen von Finanzfunktionären der Banken und Versicherungen, die über Investitionen wenig rationaler entscheiden als dieses Politiker und Beamte über öffentliche Investitionen tun. Neben das Staatsversagen tritt das Marktversagen. Insofern ergibt sich aus der Argumentation keine Wiederbelebung des Traums von der öffentlichen Investitionslenkung. Investitionen haben Bedeutung für den künftigen Wohlstand einer Gesellschaft und vor allem sind Fehlinvestitionen nicht unproblematisch. Private Investitionen sind aber nicht die zentrale Variable, die über unseren künftigen Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit entscheiden, und daher dürfen Investitionen auch nicht als das goldene Kalb der Gesellschaft behandelt werden, um das wir alle tanzen.

(5) Mein Fazit für die Eingangsfrage heißt daher nicht „Good bye Keynes“, aber auch nicht naive keynesianische Wiederbelebung ohne Berücksichtigung der Erfahrungen aus den 70er Jahren. Die antizyklische Fiskalpolitik bleibt als wichtiges Instrumentarium zur Bekämpfung von Depressionen notwendig, wenn die Einseitigkeit der Anwendung überwunden und die Abstimmung im europäischen Wirtschaftsraum erreicht werden kann. Dieses Leitbild wirtschaftspolitischen Handelns ist für heutige Stabilisierungskrisen jedoch nicht hinreichend, denn diese haben zu-

mindest die folgenden langfristig strukturellen Dimensionen oder ihre Lösung muss sie berücksichtigen:

- die Nachhaltigkeitsdimension, denn das Wachstum unseres Wirtschaftssystems erfolgt zukunftsblind;
- die demographische Dimension, denn die Krise unserer Sozialsysteme ist nicht allein ein Kostenproblem;
- die technologisch-sektorale Dimension, denn technischer Fortschritt verursacht nach *Fourastié* nicht nur Wohlstandsgewinne, sondern regelmäßig auch strukturelle Anpassungskrisen, die einen Qualifikationswandel erfordern;
- die Verteilungsdimension, denn die Globalisierung von Wertschöpfungsketten bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt von nationalen Ökonomien. Nicht nur Transnationale Konzerne, sondern auch Arbeitnehmer mit gefragten Qualifikationen versuchen sich den nationalen Solidarlasten zu entziehen (Reich 1993, S. 301 ff.) und begreifen staatliche Veranstaltungen wie eine freiwillige Versicherung, der man nur dann angehört, wenn man soviel erhält, wie man einbezahlt.

4

Hallo, Adam Smith and work- and knowledge-based society!

Vertrauen wir den Aussagen wichtiger Experten der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft, so finden sich alle wichtigen ökonomischen Erkenntnisse bereits in *Adam Smiths* Wohlstand der Nationen. Dieses gilt auch für eine Einsicht, die heute immer mehr Fürsprecher gewinnt und sich im Kern auf die Arbeitswertlehre der Klassiker zurückführen lässt. „Nicht mit Gold oder Silber, sondern mit Arbeit wurde aller Wohlstand dieser Welt letztlich erworben“, heißt es bei *Smith* (1996, S. 28). Weitere Aussagen zum Wert der Bildung für den wirtschaftlichen Fortschritt führen dazu, *Smith* auch als Vater der Bildungsökonomie einzustufen (Maier 1994, S. 5). Wenn wir heute von der Wissensgesellschaft palavern und Unternehmensberater das Wissensmanagement als letzten Schrei der Neuorganisation verkaufen, so sollten wir zu dieser Erkenntnis zurückkehren und uns fragen, welche Einsichten sich aus der Arbeitswertlehre für die aktuelle Krisen-

und Stagnationsbewältigung gewinnen lassen. Hierzu will ich abschließend fünf weitere Anregungen formulieren:

(1) Der Versuch der Klassiker und in ihrer Folge auch der marxistischen Ökonomie, mit Hilfe der Arbeitswertlehre die Entwicklung von Preisen zu erklären, ist gescheitert und daher heute ohne Bedeutung. Dieses betrifft allerdings nicht den Versuch, vom Wert der Arbeit ausgehend eine Wohlstands- und Wachstumserklärung zu finden. Hierfür muss jedoch das Konstrukt einer gesamtgesellschaftlichen Durchschnittsarbeit aufgegeben und der unterschiedliche Wertschöpfungsbeitrag von Arbeit betrachtet werden. In unserer Gesellschaft haben unterschiedliche Talente der Menschen, ihre Bereitschaft, sich für die Arbeit zu engagieren und auf berufliche Verwertung gerichtete Bildungsanstrengungen zu unternehmen, zentrale Bedeutung.

(2) Theoretische Wachstumserklärungen, die in den letzten 15 Jahren entwickelt und für den internationalen Vergleich empirisch getestet wurden, stellen denn auch in einem wesentlichen Entwicklungszweig auf Größen ab, die sich unter den schillernden Begriffen Humankapital und Sozialkapital fassen lassen. Gesellschaften, die mehr für die Bildung ihres Nachwuchses tun, geringe Wachstumsraten der Bevölkerung und stabile Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns aufweisen, haben einen höheren Wohlstand, mehr Wirtschaftswachstum und erholen sich nach wirtschaftlichen Schocks eher als Gesellschaften mit gegenteiligen Merkmalen (Becker/Murphy/Tamura 1990; Barro 1997). Die Verfügbarkeit von Kapital ist für solche positiven Krisenbewältigungen sicher hilfreich. Sie stellt jedoch nicht die zentrale Einflussgröße dar. Kapitalakkumulation wird am ehesten da gelingen, wo auch die genannten positiven Merkmale vorliegen und „stupid capital“ wird dahin wandern, wo günstige Ausgangsbedingungen vorliegen. Die genannten Einsichten erfordern im Übrigen nicht, dass die Bevölkerung, wie in Deutschland, ohne Zuwanderung schrumpft.

(3) In unserem Umgang mit der seit 1975 wachsenden Arbeitslosigkeit haben wir diese Einsichten systematisch missachtet. Wir haben qualifizierte Beschäftigte frühverrentet; wir haben Arbeitslose für Un-

tätigkeit unterhalten und sie damit dequalifiziert und in ihrem Selbstwertgefühl geschwächt; wir haben Arbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen oder in Umschulungen ohne erkennbare Perspektive geparkt. Soweit die aktuellen Krisenbewältigungsstrategien an diesen Missständen ansetzen, befinden wir uns auf dem richtigen Wege. Das vorherrschende Leitbild der aktuellen Strategien aus der Stagnation verfolgt jedoch ein anderes Muster. Es geht den Akteuren um Kostenkonkurrenz im globalen Wettbewerb. Die Lohnkosten sollen langsamer wachsen als die Produktivität. Die Lohnnebenkosten sollen sinken. Die Kosten für die stabilen institutionellen Rahmenbedingungen sollen sinken, denn unsere Staatsquote ist ja viel zu hoch. Dieses Leitbild einer Krisenbewältigung ist im Kern irreführend, weil es uns an einem Kostensenkungswettbewerb orientiert, den wir als hochentwickeltes Industrieland nicht gewinnen können. Wollen wir dagegen im Qualitätswettbewerb von globalen Wertschöpfungsbeiträgen unter den Gewinnern der Entwicklung sein, so brauchen wir mehr und effizientere Investitionen in Bildung und damit qualifiziertere Arbeit, bessere Infrastrukturen und anhaltende Vorteile hinsichtlich der gesellschaftlichen Stabilität. Dieses wird durch eine Zerstörung regulierender Strukturen auf der Ebene der Tarifvertragsparteien und eine Reduktion von Rechtsstaat und Demokratie auf den schlanken Staat nicht gelingen. Wer extremen Deregulierungsträumen nachläuft, verkennt zudem, dass wir ein dichtbevölkertes Land mit einer hochkomplexen Wirtschaft sind, in der zahlreiche Regulierungen – oft natürlich auch inzwischen überflüssige – staatliche Antworten auf gesellschaftliche Bedürfnisse darstellen.

(4) Die Krise unseres Sozialsystems und die Krise unserer öffentlichen Haushalte ist z.T. konjunkturell bedingt. Dieses ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte der Probleme hat ihre Ursache darin, dass wir uns seit langem in einen Steuersenkungswettlauf zugunsten von Unternehmen und dem besserverdienenden Teil der Bevölkerung begeben haben. Dieser Prozess begann damit, dass Unternehmen Steuern als Gegenleistung für Infrastrukturvorleistungen des Staates nur noch ertragsabhängig bezahlen wollten. Erst wurden die Lohnsummensteuer, später die Gewerbesteuer abgeschafft. Heute sind international tätige Unternehmen

natürlich auch imstande, sich vor dem Zahlen der Steuern auf Gewerbeerträge zu drücken. Parallel erfolgte die Erosion der Körperschaftssteuer, das Auslaufen der Vermögenssteuer und in Kürze dürfen wir ein vorgezogenes Absenken der Spitzensteuersätze bei der Einkommenssteuer im Zuge der Steuerreform erwarten. Die logische Folge war, dass der Staat seine Investitionen kürzen musste und auch die Ausgaben für Bildung und Forschung lange Zeit rückläufig waren. Hieraus ergibt sich, wenn der Steuersenkungswettbewerb nicht rückgängig zu machen ist, eine ganz einfache Frage: Warum Kühe füttern, die keine Milch mehr geben? Ein Kostgänger des Staates mit den Sozialtransfers vergleichbarer Größenordnung sind die Ausgaben und Einnahmeverzichte für die Förderung des Unternehmenssektors. Von einem Staat, der die Gewerbefreiheit eröffnete, um seinen Wohlstand und den Wohlstand der Bürger zu fördern, haben wir uns zu einer Gesellschaft entwickelt, die die Frischzellenkur für den in die Jahre gekommenen Kapitalismus organisiert. Von der Wiege bis zur Bahre wird das Unternehmertum staatlich subventioniert begleitet. Spezielle Steuerverzichte und offizielle Subventionen für eine Vielzahl von Branchen und Regionen sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Die Unternehmerfürsorge beginnt bei den zahlreichen Hilfen und finanziellen Spritzen für die Unternehmensgründung. Die staatliche Unternehmenssozialhilfe setzt sich darüber fort, dass Unternehmen erschlossene Grundstücke bei gleicher Lage für den halben Preis des Wohnungsbaus erhalten. Dank eines Bürgermeisterwettbewerbs ohne Verstand wird dieser Zustand anhalten. An der Unternehmensbahre brauchen die Großbanken in ihrer selbst-

verursachten Krise nach den bad banks nicht mehr zu verlangen. Diese wurden längst von einigen Bundesländern etabliert, da Steuerstundungen oder -erlasse für marode Unternehmen, die ohnehin seit Jahren keine Steuern mehr zahlen, keine Hilfe mehr sind. Vormalig wirtschaftsfördernde Sparkassen freuen sich heute, dass ihnen der Staat nun mit eigenen Instituten die schlechten Risiken abnimmt. Begründet wurden diese Hilfen mit der positiven Wirkung auf Wirtschaftswachstum, Arbeits- und Ausbildungsplätze. Allein die Wirkung kommt nicht an. Diese Erfahrung erfordert, eine fehlgeschlagene Subventionslogik zu durchbrechen. Wenn der Staat zur Krisenbewältigung Arbeits- und Ausbildungsplätze will, muss er Arbeits- und Ausbildungsplätze fördern.

(5) Ein Abbau der investitions- und kapitalorientierten Subventionierung in unserer Wirtschaft bietet somit enorme Sparpotenziale für unsere öffentlichen Haushalte. Nehmen wir die Unternehmervertreter, die bisher Subventionsabbau stets nach dem St. Florians-Prinzip fordern, beim Wort. Wer den Standort Deutschland zum Niedrigsteuerland gemacht hat oder weiter machen will, muss bereit sein, als Unternehmer die realen Kosten produktiver Vorleistungen zu tragen. Dieses betrifft nicht nur die direkt im Subventionsbericht ausgewiesenen Vergünstigungen, sondern auch die kostendeckende Bereitstellung von Gewerbegrundstücken, die Kostendeckung bei der Bereitstellung von öffentlichen Infrastrukturleistungen und demnächst ggf. Ablösesummen bei der Anwerbung woanders qualifizierten Personals. Soll zumindest der letzte Vorschlag eine Vision sein, die dem Standort Deutschland

erspart bleibt, so müssen wir die öffentlichen und privaten Bildungsanstrengungen stärken und deren Effektivität für die Wirtschaft erhöhen. Wir werden aus demographischen Gründen nicht allein auf die Erstausbildung setzen können. Für eine Anpassung unseres beruflich verwertbaren Wissens an die Bedingungen des wirtschaftlichen Strukturwandels sind vielmehr verstärkte Anstrengungen der beruflichen Weiterbildung unverzichtbar. Last but not least darf sich unsere Wirtschaft ihren Jugendwahn nicht mehr leisten. Wer heute die qualifizierten Fachkräfte der relativ starken Nachkriegsjahrgänge in die Arbeitslosigkeit und den Vorruhestand oder die Altersteilzeit verabschiedet, darf sich in wenigen Jahren nicht beschweren, wenn qualifizierte und berufserfahrene Spezialisten fehlen.

Bildungsinvestitionen sind eine langfristige Bestimmungsgröße von Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Die Orientierung daran hilft uns nicht kurzfristig aus der Krise. Am Rande der Depression und Deflation mögen sich die Entscheidungsträger daher an der kurzen Sicht und dem aktuellen Krisenmanagement orientieren. Bereits die sozialliberale Koalition hatte allerdings mit ihrem Zukunftsinvestitionsprogramm in der 2. Hälfte der 70er Jahre deutlich gemacht, dass kurzfristige Krisenintervention langfristig strukturelle Notwendigkeiten aufnehmen kann. Diese Einsicht unter den neuen Bedingungen zu reaktivieren und die Prioritäten nicht nur auf eine Stärkung der privaten Kaufkraft auszurichten, wäre nach meinen Thesen ein Gewinn.

LITERATUR

- Barro, R. J.** (1997): *Determinants of Economic Growth*, Cambridge Mass., London
- Becker, G.S./Murphy, K.M./ Tamura, R.** (1990): *Human Capital, Fertility, and Economic Growth*, in: *Journal of Political Economy*, S. 12–37
- Giersch, H.** (1979): *Aspects of Growth, Structural Change, and Employment – A Schumpeterian Perspective*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 115. Jg., S. 629–652
- Maier, H.** (1994): *Bildungsökonomie*, Stuttgart
- Meißner, W./Zinn, K.G.** (1984): *Der neue Wohlstand*, München

- Reich, R. B.** (1993): *Die neue Weltwirtschaft, Das Ende der nationalen Ökonomie*, Frankfurt a.M./Berlin
- Schumpeter, J. A.** (1934): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 4. Aufl., Berlin
- Schumpeter, J. A.** (1950): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München
- Seiffert, H.** (1979): *Die Sprache der Wissenschaftler als Imponiergehabe*, in: *DUZ/HD* 21, S. 680–682
- Smith, A.** (1996): *Der Wohlstand der Nationen*, 7. Aufl., München